



Stadtratsfraktion Pirmasens

**Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

Telefon: 06331/227214

Mail: info@linksfraktion-ps.de

Internet: www.linksfraktion-ps.de

Haushaltsrede Pirmasens 2016

Stadtratsfraktion DIE LINKE

Frank Eschrich, Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,

sehr geehrte Damen und Herren,

nach Angaben des Landesrechnungshofes vom Juni 2015 ist Pirmasens mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 8841 Euro die am höchsten verschuldete kreisfreie Stadt Deutschlands. Unter den 10 am höchsten verschuldeten Städten befinden sich gleich fünf Städte aus Rheinland-Pfalz. Trotz steigender Steuereinnahmen ist die Verschuldung der rheinland-pfälzischen Städte im Jahr 2014 weiter angewachsen. Laut Landesrechnungshof wurden mit den Einnahmen des kommunalen Entschuldungsfonds von 2012 bis 2013 landesweit 378 Millionen Euro an Liquiditätskrediten getilgt, aber gleichzeitig 451 Millionen Euro neue Schulden aufgenommen und darf damit als mittel- bis langfristig untaugliches Instrument betrachtet werden.

In den kommenden beiden Haushaltsjahren werden in Pirmasens mindestens 50 Millionen Euro neue Schulden angehäuft. Der als Durchbruch gefeierte Entschuldungsfonds konnte den Anstieg der Verschuldung nur kurzfristig bremsen. In Pirmasens müssen jährlich 3,3 Millionen Euro für dieses sinnlose Instrument aufgebracht werden – Geld, das für dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur, Arbeitsplätze und zur Bekämpfung der wachsenden Armut überall fehlt. Die Stadt Pirmasens ist hoffnungslos überschuldet und kann das Schuldenproblem aus eigener Kraft nicht einmal ansatzweise bewältigen. Sämtliche weitere Sparmaßnahmen gehen deshalb direkt zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, der kommunal Beschäftigten und der allgemeinen Lebensqualität in der Stadt. Daher trägt der kommunale Entschuldungsfonds nicht zu einer Verbesserung der Situation bei, sondern beschleunigt die Abwärtsspirale.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Land hatte den Auftrag bekommen, bis zum 1. Januar 2014 für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. An der klaren Botschaft des Landesverfassungsgerichtshofs von 2012 gab und gibt es nichts zu interpretieren. Umgesetzt wurde das Urteil nicht. Eine erneute Klage verschiedener Kommunen, darunter Pirmasens, das Urteil von 2012 nun endlich in die Praxis zu überführen, wurde vom selben Landesverfassungsgerichtshof abgewiesen. Wir haben dafür kein Verständnis. Man kann einem Ertrinkenden kaum vermitteln, dass er noch drei Jahre strampeln soll, bis ihm möglicherweise ein Rettungsring zugeworfen werden kann. Das Land hat einen spürbaren Beitrag zur Bewältigung der kommunalen Finanzkrise zu leisten, schrieben die Richter in Koblenz der Landesregierung damals ins Stammbuch. Diese Auflage wurde nachweislich nicht erfüllt, denn die Kassenkredite der Kommunen haben sich seit dem Urteil von 2012 nahezu verdoppelt.

Wo sonst sollte man für die Einhaltung von Auflagen der Landesverfassung klagen, als vor dem Landesverfassungsgerichtshof?

Dass die Landesregierung in das neue Landesfinanzausgleichsgesetz eine Evaluierungsfrist von drei Jahren eingebaut hat, ist politische Trickserei. Die Zahlen und Entwicklungstendenzen liegen seit der Klage des Landkreises Neuwied auf dem Tisch und haben sich seitdem für die Kommunen nicht verbessert, sondern dramatisch verschlechtert.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,

sehr geehrte Damen und Herren,

2016/17 ist die buchhalterische Fortsetzung der alt bekannten Mangelverwaltung. Unschwer lässt sich prognostizieren: Die Haushaltssituation wird sich weder in der Laufzeit dieses Haushaltsplans, noch in den kommenden Jahren entscheidend verbessern. Widmen wir uns den politischen Rahmenbedingungen dieses Schuldenhaushalts.

Zu den politisch falschen Weichenstellungen gehört die Verabschiedung des vorliegenden Haushaltsplans in Form eines Doppelhaushalts. Wir brauchen in Pirmasens mehr, statt weniger politische Diskussionen zum kommunalen Haushalt. Durch einen Doppelhaushalt wird die Kontrollfunktion des Stadtrates eingeschränkt und die Bürgerinnen und Bürger haben bei Doppelhaushalten noch weniger Einfluss als bisher, denn eine grundsätzliche Debatte mit öffentlicher Resonanz findet nur noch alle zwei Jahre statt. Dies ist das Gegenteil von lebendiger Demokratie und Bürgerbeteiligung und wird die Politikverdrossenheit noch verstärken.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,

sehr geehrte Damen und Herren,

nun ein kurzer Blick auf eine kleine Auswahl der grandiosen Fehlleistungen der Stadtverwaltung und der politischen Führungsspitze. Sie alle haben freilich auch

finanzielle Konsequenzen, verhindern eine positive Stadtentwicklung und damit eine Verbesserung der Haushaltslage.

Kommt sie oder kommt sie nicht, die Stadtgalerie? Alleine diese Unsicherheit schadet dem Einzelhandelsstandort Pirmasens mehr, als ihm ein Einkaufszentrum jemals nutzen könnte. Nach fünf Jahren Entwicklungsvereinbarung ohne nennenswerte Fortschritte bei der Mieter- und Investorenakquise steht die Stadtgalerie noch immer auf Anfang. Bei seinem letzten Auftritt im Stadtrat schloss Koprian in der ihm eigenen Arroganz Fragen nach Mietern und belegten Verkaufsflächen kategorisch aus. Sie, meine Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte, die der zweiten Vertragsverlängerung daraufhin zugestimmt haben, werden hoffentlich nicht nur von mir, sondern von vielen weiteren Bürgerinnen und Bürger gefragt werden, welcher Kaffeesatz oder welche Glaskugel Ihnen dafür die nötige Entscheidungssicherheit gegeben hat. Oberbürgermeister Matheis sprach damals von einer „Bauchentscheidung“.

Das Festhalten am Projekt Stadtgalerie gefährdet den Einzelhandelsstandort Pirmasens in seiner Gesamtheit und damit die Rolle der Stadt als Versorgungszentrum. Die bisherigen Auswirkungen des Projektes können in der Fußgängerzone und in der Bahnhofstraße betrachtet werden. Sie gleichen den Straßen einer Geisterstadt und Leerstand reiht sich an Leerstand. Eine erfolgreiche Stadtentwicklungsplanung hat immer mehrere Eisen im Feuer. Und sie hat Visionen, statt Halluzinationen. Denn die Stadtgalerie ist eine Fata Morgana: Wenn man näher kommt, nichts als Handelswüste.

Bleiben wir Thema Einzelhandel, genauer gesagt beim Einzelhandelskonzept, dem Landauer Tor, beim Real-Markt und dem Anbau eines Drogeriemarktes in der Simterstraße, die freilich alle samt auch in Zusammenhang mit der Stadtgalerie stehen:

Ziemlich einfach ist das Thema Landauer Tor zu beschreiben: Die Stadtverwaltung verschweigt ein nicht ganz ihren Wünschen entsprechendes CIMA Gutachten und täuscht damit den Stadtrat beim Aufstellungsbeschluss. Dann taucht das verschwiegene Gutachten auf, welches durch den Neubau eines Lebensmittelmarktes am Landauer Tor keine wesentliche Beeinträchtigung des zentralen Versorgungsbereichs, sondern im Gegenteil eine Aufwertung für das Quartier Landauer Tor sieht. Die Empfehlung, eine Veränderungssperre zu erlassen und somit unliebsame Konkurrenz zum Projekt Stadtgalerie zu beseitigen, bewegte sich zwar auf „dünnem Eis“, wurde aber trotzdem umgesetzt, wohlwissend, dass dies auf Grund der Fakten- und Rechtslage ein reiner Verhinderungsbeschluss sein würde. Darauf weist Gutachter Karutz in seinem Gutachten sogar hin, sollte es zu einer gerichtlichen Überprüfung kommen. Genau zu dieser gerichtlichen Überprüfung kam es dann und die Stadt musste einlenken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

schon durch diesen Fall wurde endgültig klar, dass das vorliegende Einzelhandelskonzept in seiner Intention gescheitert und zu einem reinen Verhinderungskonzept geworden ist. Aber es kam noch doller. Die Real Geschäftsführung kündigte die Schließung des Marktes an der Zweibrückerstraße zum 30. September 2016 an. Danach wurde durch unsere Recherchen bekannt,

dass Real bereits im Dezember 2010 einen Bauantrag für einen Drogeriemarkt auf dem Gelände gestellt hatte, um damit die Rentabilität des Marktes zu verbessern. Ebenfalls im Dezember 2010 – die Stadtgalerie warf bereits ihre Schatten voraus - wurde ein Aufstellungsbeschluss für das betreffende Plangebiet F 118 verabschiedet und damit das Einzelhandelskonzept in Kraft gesetzt. Damit konnten die Drogeriemarktmarktpläne von Real abgebügelt werden. Statt die Bemühungen von Real zu unterstützen, die wirtschaftliche Rentabilität wieder herzustellen, wurde damit dem Markt der Todesstoß versetzt. Von 2011 bis 2015 ruhte der Bauantrag von Real bearbeitungslos in seiner Akte. Er hätte wohl nie das Licht der Öffentlichkeit erblickt, wenn nicht bekannt geworden wäre, dass die Real-Geschäftsführung im März 2015 gegenüber dem Wirtschaftsausschuss die Schließung des Marktes empfohlen und dafür explizit die ablehnende Haltung der Stadt Pirmasens gegenüber den Drogeriemarktplänen auf Grund des Einzelhandelskonzeptes verantwortlich gemacht hat.

Mehr als 60 Real-Beschäftigte gehen nun in die Arbeitslosigkeit. Leidtragende sind auch die Bürgerinnen und Bürger von Fehrbach und Hengsberg, denen die Nahversorgung genommen wird, sowie die Bewohner des weit darüber hinaus reichenden regionalen Einzugsgebiets. Die Schließung des Real-Marktes als lokaler Frequenzbringer könnte die anderen dort ansässigen Fachmärkte möglicherweise mit in den Abgrund reißen. Weitere Arbeitslosigkeit, Geschäftsaufgaben und Leerstände drohen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dies ist das Ergebnis einer Planung, die nicht nur grundsätzlich falsch ist, sondern auch mit zweierlei Maß misst: Gegen die Erweiterung der Verkaufsfläche des Wasgau-Marktes an der Simterstraße mit einem Drogeriemarkt wurden keine Bedenken wie bei Real erhoben. Zweierlei Maß auch in Bezug aufs Landauer Tor: Dort wurde vehement gegen die Vergrößerung der Supermarkt-Verkaufsfläche um 300 Quadratmeter gestritten, die Erweiterung der Verkaufsfläche an der Simterstraße dagegen als unbedenklich eingestuft. In den allermeisten Kommunen bestimmen die gewählten Rätinnen und Räte die zukünftige Entwicklung ihrer Gemeinde als Handelsstandort. In Pirmasens entscheiden offensichtlich Carsten Schreiner und das Stadtplanungsamt über die Richtlinien der Politik und wohin sich ein Standort zu entwickeln hat. Deshalb hat kürzlich der Leiter des Stadtplanungsamtes auch das Entchen Möbelhaus als Nachfolger für den schließenden Real-Markt aufs Wasser gesetzt. Gönnerhaft ist seine Einlassung, beim Sortiment des Wunsch-Möbelhauses würde man mit sich reden lassen. Plötzlich kommt es der Stadtplanung nicht mehr auf ein paar Vasen und etwas Geschirr mehr außerhalb der Fußgängerzone an. Was sprach eigentlich bei den Drogeriemarktplänen von Real gegen ein paar mehr Duschgels oder Parfüms?

Das Einzelhandelskonzept sollte die Innenstadt stärken, nicht die Randstandorte wegholen. Da nun mit dem Real-Markt und dem zu befürchtenden Dominoeffekt sogar schon die Peripherie abstirbt, ist es höchste Zeit, dieses Konzept zu den Akten zu legen. Ob es ein neuer Gutachter richten kann, wird sich zeigen. Im Mittelpunkt muss eine positive Entwicklung des Einzelhandels im gesamten Stadtgebiet stehen und nicht Geschäftslagen gegeneinander ausgespielt werden. Die Richtung darf nicht Verhinderung, sondern muss Fortentwicklung des gesamten Handelsstandorts lauten.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,

sehr geehrte Damen und Herren,

ursprünglich sollten bis 2017 die Schulumzüge abgeschlossen sein und Einsparungen von 9,5 Million erbringen. Bis heute wurde nicht einmal damit angefangen und statt Einsparungen entstehen erhebliche Mehrkosten. Herausgekommen ist bei den Schulumzugsplänen das größtmögliche Desaster für den Schulstandort Pirmasens. Die Verzögerung beträgt nicht ein Jahr, sondern mindestens 7 Jahre. Die Kosten für die Baumaßnahmen laufen völlig aus dem Ruder. Für die Sanierungs- und Umbaumaßnahmen an der Ludwig Realschule Plus waren ursprünglich 5,3 Millionen Euro vorgesehen. Inzwischen soll die Sanierung der Landgraf-Ludwig-Schule 12 Millionen kosten. Dazu kommen 4,5 Millionen Euro, die für die Anschaffung einer Container-Schule in den vorliegenden Haushalt eingestellt wurden. Alleine mit diesem Betrag kann man fast ein neues Schulgebäude bauen. Der Gipfel ist aber: Die Kosten für die Container-Schule sind nicht zuschussfähig, d.h. sie bleiben zu 100 Prozent am städtischen Haushalt hängen! Kein Mensch weiß, bei welchen Kosten die Schulrochade am Ende landen wird. Die Schulen wissen nicht, wie ihre Zukunft aussieht, wann sie wohin umziehen sollen, wann Baumaßnahmen fertig gestellt oder Klassensäle bezugsfertig sind. Es herrscht das vollendete Chaos. Sichtbarer Ausdruck ist die Landgraf Ludwig Schule, die seit Jahren eingerüstet ist. Ausgelöst wurde das Ganze durch eine lose Fassadenplatte am Hugo-Ball-Gymnasium.

Sehr geehrte Frau Knerr, sehr geehrter Schieler, verehrter Oberbürgermeister,

denken Sie eigentlich noch ab und zu an die Hunderte protestierender Schülerinnen, Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern, die auf dem Exe für den Erhalt des Hugo-Ball-Gymnasiums demonstriert haben? Denken Sie noch an die Schulleitungen und Elternbeiräte, die Ihnen ihre Zukunftspläne für ihre Schulen vorgelegt haben und die im Stadtrat und in der Öffentlichkeit hin und her diskutiert wurden?

Plötzlich ist der Sanierungsstau am Hugo-Ball-Gebäude gar kein Thema mehr. Heizkosten und lose Fassadenplatten? Wen interessiert das denn! Vor drei Jahren wurden Schüler und Eltern verrückt gemacht, heute ist es kein Problem mehr, dass auch die heutigen Fünftklässler ihre Abiturprüfung auch noch am Fahrschen Wald ablegen werden.

Sehr geehrter Herr Schieler,

bis heute sind Sie die Antwort schuldig geblieben, wie Sie den Ausfall von jährlich 500.000 Euro für den kommunalen Anteil kompensieren wollen, der durch die Stilllegung des Hugo-Ball-Gebäudes ab 2017 eigentlich hätte fließen sollen und nun in weite Ferne gerückt ist. Und nebenbei bemerkt: Nachdem das Hugo-Ball-Gebäude für unbestimmte Zeit weiter am Netz bleibt, haben sich die Betriebskosten nun wie mit Zauberhand um mehr als die Hälfte auf 238.000 Euro halbiert. Als man die Eigenanteile für den KEF zusammenstoppelte, sahen die 500.000 natürlich schöner aus – wer soll den Luftbuchungen Ihres Haushalts eigentlich noch Glauben schenken? Es ist kein Trost und keine seriöse Finanzpolitik, wenn Sie erfreut verkünden, durch die Mehreinnahmen bei der Vergnügungssteuer und andere ungeplante Einnahmen wäre es zum jetzigen Zeitpunkt unproblematisch, den kommunalen Eigenanteil aufzubringen. Herr Schieler, Sie wollten mit der

Schulrochade doch sparen, nicht die Mehreinnahmen der Stadt für den KEF verbraten und neue Schulden produzieren! Und weil wir schon dabei sind: Klären Sie doch einmal den Stadtrat auf, was mit der am 20. Juli 2015 beschlossenen Ausschüttung der SEP an die Stadt Pirmasens für die Finanzierung des Eigenanteils eigentlich passiert und ob die für den 12. August 2015 geplante Ausschüttung erfolgt ist.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,

sehr geehrte Damen und Herren,

nicht nur Herr Schreiner kann Entchen aufs Wasser setzen, das kann ich auch, denken Sie mal über das folgende nach, gerne auch ernsthaft:

Ein Stadtarchiv und die Stadtbücherei auf dem zentralen Einzelhandelsstandort der ehemaligen Kaufhalle gehen überhaupt nicht. Auf diesem Gelände sollen keine Akten gelagert werden, sondern dort müssen Leben und Handel einkehren! Die jahrelang vorgeschobenen schwierigen Besitzverhältnisse sind ja offensichtlich doch nicht so dramatisch, als dass sie nicht das Stadtarchiv beherbergen könnten. Was für ein Stadtarchiv machbar ist, sollte auch für eine Exe-Galerie funktionieren. Rund um den Exerzierplatz ist das eigentliche Stadtzentrum, dort muss Einzelhandel stattfinden. Verkleinern Sie die Fußgängerzone in der Hauptstraße, verlegen Sie den Busbahnhof an das Messegelände, machen Sie den Exe zum zentralen Platz in der neuen Fußgängerzone inklusive Ringstraße. Stoppen Sie das Millionengrab Schulrochade mit dem zentralen Kostentreiber Realschulgebäude an der Alleestraße. In dieses Gebäude könnte das Stadtarchiv einziehen. Die dafür anfallenden Sanierungskosten sind sicherlich wesentlich geringer, als für den faktischen Neubau eines Schulgebäudes in alter Fassade. Legen Sie die Landgraf-Ludwig-Realschule mit der Realschule Kirchberg auf dem Kirchberg zusammen. Die Anmeldungen an den Realschulen Plus gehen zurück, der Platz in der Kirchbergschule wird reichen. Lassen Sie das Hugo-Ball-Gymnasium da, wo es ist, und machen Sie daraus mittelfristig eine integrierte Gesamtschule. Auch die restlichen Schulen bleiben wo sind. Und machen Sie die Stadt doch mal wirklich attraktiv. Ein Blumenschmuckwettbewerb, bei dem letztendlich die Bürgerinnen und Bürger die Begrünung der Stadt selbst bezahlen, wird es nicht richten, denn dafür fehlt den Leuten das nötige Kleingeld. Ziehen Sie grüne Bänder durch die Stadt, lassen Sie in der Hauptstraße eine Personenbahn verkehren, wiederbeleben Sie im Alten Friedhof den Skulpturenpark, sorgen Sie endlich für eine Gastronomie im Strecktalpark, nutzen Sie das riesige Gelände am Eisweiher und lassen Sie sich von erfolgreichen Projekten anderer Städte inspirieren: Auf Brachflächen legen andernorts Bürger und Schulklassen Gemüsebeete an, auf Dachflächen gibt es inzwischen professionell bewirtschafteten Gemüseanbau, der erntefrisch und direkt vor Ort gewinnbringend vermarktet wird. Mit einem Wort: Lassen Sie mal frische Luft rein!

Wir müssen uns von gescheiterten Konzepten trennen, alte Zöpfe abschneiden und Neues denken. Das sture Festhalten an einmal eingeschlagenen Wegen ist das Falscheste, was man machen kann. Und davon ist die Stadtpolitik geprägt und dies schlägt sich auch im Haushalt nieder. Wer nur noch Grundsatzbeschlüsse trifft und Bauchentscheidungen verlangt, ist nur zu feige zuzugeben, dass er keinen Plan davon hat, wo und wie die Reise enden wird.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,

sehr geehrte Damen und Herren,

gegen den Trend ist Pirmasens die einzige Stadt in Rheinland-Pfalz, in der die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Die Kinderarmut in Pirmasens ist nochmals deutlich angewachsen, ein Drittel der unter 15-jährigen Kinder lebt in Armutsverhältnissen unter den Bedingungen von Hartz IV, d.h. für viele Kinder Essen von der Tafel, die abgelegten Kleider anderer, kein Geld für Freizeitgestaltung, Spiele, Sport und Spaß. 80 Prozent der Arbeitslosen stecken in Hartz IV, d.h. Leben am untersten Rand des Existenzminimums, Schulden, heruntergekommene Wohnungen der „Loch-Klasse“, Stromsperrern und Ausschluss von der gesellschaftlichen Teilhabe. Für diese Menschen gibt es keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt. Sie gehen nahtlos von Hartz IV in die Altersrentenarmut. Was das Jobcenter als Arbeitsmarktprogramm anbietet, ist ein gespielter Witz. Das einzige erkennbare Hirnschmalz steckt den Phantasienamen der Projekte, wie HerAUs, VorAP oder PrImA. Ansonsten: Alt bekannte, erfolglose Instrumente, die lediglich den Zweck erfüllen, den ein oder anderen zu sanktionieren und Geld zu sparen.

Durchschnittlich werden rund 80.000 Euro Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfänger vom Jobcenter Pirmasens nicht übernommen. Diesen Betrag müssen die Pirmasenser Hartz IV-Empfänger jeden Monat aus ihrer Regelleistung aufbringen, die laut Gesetz für die Bestreitung des Lebensunterhaltes vorgesehen ist. Sprich: Diese Kosten müssen sich die Leute vom Mund absparen. Mit durchschnittlich 30 Euro pro Bedarfsgemeinschaft und Monat liegt Pirmasens bei den nicht gedeckten Kosten für Unterkunft und Heizung fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Obwohl es Kritik von vielen Seiten an den zu niedrigen Sätzen für Unterkunft und Heizung für Bedürftige hagelt, beharren Stadtverwaltung und Jobcenter stur auf ihrem Standpunkt, dass 3,58 Euro pro Quadratmeter angemessen seien. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,

sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Pirmasens leistet sich die teuerste Abfallbeseitigung mit den höchsten Müllgebühren in Rheinland-Pfalz. Das MHKW ist eines der umsatzstärksten Unternehmen vor Ort, bezahlt aber keinen Cent Gewerbesteuer in die Stadtkasse, sondern hat seinen Sitz in einer Steueroase. Das Interesse dieser Unternehmung an Pirmasens erschöpft sich in den für Jahrzehnte garantierten Gewinnen, die der ZAS bei den Bürgerinnen und Bürgern eintreibt. Da in der Stadtverwaltung Pirmasens noch nie jemand ernsthaft gegen die Abzocke der Anleger vorgegangen ist, ist unser Interesse, für eine Erhöhung der Müllgebühren im sozialen Brennpunkt Pirmasens die Hand zu heben, allerdings ebenfalls Null. Wir lehnen eine Erhöhung der Müllgebühren kategorisch ab.

Die Lage der Bauhilfe ist dramatisch, die Rücklagen sind so gut wie aufgebraucht. Der soziale Brennpunkt Pirmasens braucht den sozialen Wohnungsbau, die Bauhilfe GmbH ist unter allen Umständen als kommunale Gesellschaft zu erhalten. Allerdings braucht die Bauhilfe ein zukunftsorientiertes Investitionskonzept, d.h. der Wohnungsbestand muss deutlich schneller und umfassender saniert und

modernisiert sowie eigene Projekte wie das Patio auf den Weg gebracht werden. Wenn es in heißen Wüstenländern einen Markt für kühle Wohnungen am Rande des Pfälzer Waldes gibt, warum vermarktet die Bauhilfe ihren Wohnungsbestand nicht selbst? Die dafür notwendigen Investitionen sind im Gegensatz zum Verkauf des Tafelsilbers gut angelegtes Geld, das sich langfristig amortisieren würde.

Mit der Gründung des Eigenbetriebs hofft die Stadtverwaltung, dass durch eine Effizienzsteigerung freiwerdende Stellen nicht mehr besetzt werden müssen. Genau das hoffen wir nicht. Die Stadtverwaltung hat als einer der letzten größeren Arbeitgeber der Stadt Pirmasens eben nicht die Verpflichtung, mit Arbeitsverdichtung noch mehr Leistung aus den Beschäftigten herauszuquetschen um Stellen abbauen zu können, sondern eine soziale Verpflichtung und die Pflicht, die öffentliche Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten.

Sehr geehrter Herr Schieler,

Sie wollen uns allen Ernstes weismachen, dass die gleiche Arbeit von weniger Menschen geleistet werden kann und am Schluss alle glücklich sind. Ihre Pläne können nicht aufgehen. Die Fläche der zu räumenden Straßen und Gehwege, die Fahrtzeiten zwischen dem Fuhrpark und den Vororten sowie die Anzahl und Größe der zu pflegenden Friedhöfe bleiben immer gleich. Deshalb funktioniert Ihre Logik nicht. Denn die Stadt Pirmasens selbst wird nicht kleiner und auch nicht die Aufgaben, die im Stadtgebiet zu erledigen sind. Das Konzept Eigenbetrieb bedeutet Arbeitsverdichtung für die verbleibenden städtischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit ihrer Arbeitsüberlastung dazu beitragen, dass ihre Kinder nicht mehr als städtische Arbeiter arbeiten können.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,

sehr geehrte Damen und Herren,

auf Grund der für die Verabschiedung eines Doppelhaushalts lächerlich geringen Redezeit, konnten nur einige Politikfelder angesprochen werden, die exemplarisch für das politische Versagen stehen. Offenbar hat sich die Mehrheit in diesem Stadtrat damit abgefunden und zieht die pünktliche Ehrerbietung bei Bundeskanzlerin Merkel einer dringend notwendigen politischen Grundsatzdebatte vor.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE lehnt den vorliegenden Doppelhaushalt samt Sonderhaushalten und Haushaltssatzung ab und spricht ihren Protest aus, in welchem Rahmen diese Haushaltberatung abläuft.

Frank Eschrich, Stadtratsfraktion DIE LINKE